

01-2017

Januar 2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

das vergangene Jahr ist mit schrecklichen Nachrichten ausgeklungen. Der Terroranschlag in Berlin hat uns allen verdeutlicht, wie real die Gefahr des internationalen Terrorismus auch in Deutschland ist. Es ist jetzt wichtig, die Ursachen und Hintergründe aufzuklären, warum dieser sich ereignen konnte, obwohl die Behörden den Täter offenbar auf dem Schirm hatten.

Statt hier sachlich und mit der gebotenen Ruhe die Aufarbeitung eines möglichen Behördenversagens in den Fokus zu stellen, hat mittlerweile ein Überbietungswettbewerb um die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung und die Verkündung von Maßnahmenpaketen begonnen. Die geplanten Maßnahmen wie Fußfesseln für sog. Gefährder und der Ausbau der präventivpolizeilichen Befugnisse und der Videoüberwachung stellen dabei einen schweren Eingriff in unsere Freiheitsrechte dar. Ich werde das Gefühl nicht los, dass nun unter dem Deckmantel der Terrorabwehr alle Maßnahmen umgesetzt werden sollen, die die Innenminister schon seit Jahren fordern. So verwundert es nicht, dass auch der Sächsische Innenminister bereits umfassende Änderungen des Sicherheitsgesetzgebung in Sachsen angekündigt hat.

Das letzte Plenum stand ganz im Zeichen der Abschluss der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/2018. Im Innenbereich haben wir den Schwerpunkt auf eine gute personelle Ausstattung der Polizei und der Staatsverwaltung gelegt. Nur eine personell gut ausgestattete Polizei ist in der Lage ihre Aufgaben gut zu erfüllen. Gleiches gilt auch für die Verwaltung des Freistaates. Hier ist dringender Handlungsbedarf angezeigt. Schon jetzt sind einige Bereich der Fachverwaltung kaum noch arbeitsfähig. Zudem werden bis 2030 über 50% der Bediensteten in den Ruhestand gehen. Statt unseren Anträgen zur Aufstockung des Personals zuzustimmen, sitzt die Koalition das Problem weiter aus und weigert sich bereits jetzt die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Damit verschärft sich das Problem weiter.

Zudem befasste sich der Landtag auf Antrag der GRÜNEN mit dem kommunikativen Versagen der Staatsregierung im Zusammenhang mit der rechtsextremen Terrorgruppe Freital. Hier waren Verbindungen von Mitgliedern der Gruppe zu Polizeibediensteten bekannt geworden, die dem Landtag bis dato verheimlicht worden waren. Durch unseren öffentlichen Druck sah sich die Staatsregierung unter Zugzwang gesetzt und musste im Plenum einräumen, dass mittlerweile gegen zwei Polizeibedienstete Ermittlungen wegen eines möglichen Verrats von Dienstgeheimnissen laufen würden.

Sicherlich wird die Innenpolitik in Sachsen auch im Jahr 2017 nicht auf Überraschungen und Aufreger verzichten. Ich wünsche dennoch allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr – langweilig wird es wohl nicht.

Beste Grüße

Valentin Lippmann

Inhaltsübersicht

1. Doppelhaushalt 2017/2018
2. Personaloffensive für den öffentlichen Dienst
3. Polizei
4. Datenschutz
5. Terrorgruppe Freital
6. Notfallrettung



Rede Valentin Lippmann zum Doppelhaushalt (15.12.2016)

1. Doppelhaushalt 2017/2018

Nach 4 Monaten intensiver Beratungen wurde der Doppelhaushalt für die kommenden 2 Jahre am 16. Dezember 2016 im Sächsischen Landtag beschlossen.

Wir GRÜNE haben uns mit einer Vielzahl von Änderungsanträgen eingebracht. Mein Schwerpunkt lag dabei in dem Erhalt eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes in Sachsen. Hier schlagen wir eine Personaloffensive in der Landesverwaltung vor. Dies haben wir mit unseren Änderungsanträgen umgesetzt.



Änderungsanträge:

Personaloffensive_SMUL (Drs. 6/7407)

Personaloffensive_SMWAV (Drs. 6/7415)

Personaloffensive_SMI (Drs. 6/7421)

Personaloffensive_SMF (Drs. 6/7428)

Pressemitteilung: Fachkräftemangel in Sachsens Staatsdienst (12.12.2016)

2. Personaloffensive für den öffentlichen Dienst

Die Altersabgänge bei den Bediensteten der Landesverwaltung in den kommenden 15 Jahren ist riesig. Mehr als die Hälfte der Bediensteten geht bis zum Jahre 2030 in den Ruhestand.

Deshalb ist eine Personaloffensive für den öffentlichen Dienst mehr als notwendig. In unseren Änderungsanträgen schlagen wir vor, mit jährlich 700 zusätzlichen Fachkräften und (Wieder-)Besetzung aller frei werdenden Stellen die Altersabgänge abzufangen.



Änderungsanträge:

SMI_Fortbildung Polizei (Drs. 6/7422)

SMI_Landespolizei (Drs. 6/7424)

3. Polizei

Die Personalsituation der Polizei hat sich in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch den Stellenabbauplan 2020 der sächsischen Staatsregierung – zunehmend verschärft. Seit Jahren kritisieren wir das scharf und haben immer wieder gefordert mehr Polizeianwärterinnen und -anwärter auszubilden

In unseren Änderungsanträgen haben wir eine Erhöhung des jährlichen Einstellungskorridor auf 800 Anwärter gefordert. Damit einher geht ein höherer Bedarf an Ausbildungspersonal, weswegen auch in den Ausbildungsstätten der Polizei mehr Stellen und Mittel vorgeschlagen werden.



4. Datenschutz

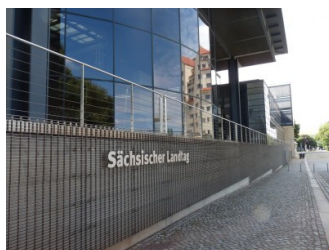
Aktuell stehen dem Datenschutzbeauftragten 22 Stellen zur Verfügung. Dies reicht aber nicht aus um die zu erwartende Erweiterung seiner Aufgaben durch die Geltung der Datenschutzgrundverordnung zu erfüllen. Deshalb haben wir in den kommenden beiden Jahren 12 weitere Personalstellen gefordert.

Änderungsanträge:

SMI_Telekommunikationsüberwachung (Drs. 6/7425)

Sächsische Datenschutzbeauftragte (Drs. 6/7390)

Die Pläne für ein gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) auf dem Gebiet der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) sehen wir nach wie vor sehr kritisch und haben daher in unserem Änderungsantrag aus wirtschaftlichen und datenschutzrechtlichen Fragen eine Umsetzung im nächsten Doppelhaushalt abgelehnt.



5. Terrorgruppe Freital

Seit spätestens Ende Juli 2015 wird gegen die Mitglieder und Unterstützer der sog. „Terrorgruppe Freital“ ermittelt. Die Informationspolitik die die sächsische Staatsregierung in diesem Sachverhalt führt ist im höchsten Maße kritikwürdig. Die beiden Sonderausschusssitzung des Verfassungs- und Rechtsausschuss im April und November diesen Jahres brachten - anders als so manche Zeitungsmeldung - wenig Informationsgewinn.

Antrag Grüne: Unverzögliche umfassende Aufklärung der Verbindungen der sächsischen Polizei und anderer Behörden zu Mitgliedern oder Unterstützern der sog. „Terrorgruppe Freital“ (Drs. 6/7230)

Stellungnahme zum Antrag (insbes. S. 6)

Rede Valentin Lippmann zur „Terrorgruppe Freital“ (13.12.2016)

Pressemitteilung: Verbindungen der Polizei zur „Terrorgruppe Freital“ (08.12.2016)

Kleine Anfrage: Razzia und Festnahmen in Dresden am 30. November 2016, Vernetzung und Struktur der Beschuldigten (Drs. 6 / 7204)

Pressemitteilung: 'Terrorgruppe Freital': Verbindungen sächsischer Polizisten zur Terrorgruppe Freital sind offensichtlich noch größer als bislang angenommen (18.01.2017)

Mit unserem Antrag fordern wir die umfassende Aufklärung des Falles und die Beantwortung der für die Untersuchung maßgeblicher Fragen, wie die Umstände der möglichen Weitergabe von Informationen aus der sächsischen (Bereitschafts-)Polizei und sonstigen sächsischen Behörden an Mitglieder, Unterstützer oder sonstige Personen im Umfeld der sog. „Terrorgruppe Freital“. In der Debatte um diesen Antrag gab es dann die nächste Überraschung: Nicht nur gegen einen Polizisten werde wegen Geheimnisverrats ermittelt, sondern gegen zwei. Aufgrund der Vielzahl von offenen Fragen wurde der Antrag durch das Plenum in den Innenausschuss überwiesen. Mittlerweile wird gegen mindestens drei Polizeibedienstete ermittelt. Dies geht aus der Stellungnahme von Innenminister Markus Ulbig (CDU) zu unserem Antrag hervor.

Nachdem am 30. November 2016 einige Mitglieder der Freien Kameradschaft Dresden wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen und mehrere Objekte durchsucht wurden, wissen wir nunmehr, dass es auch Verbindungen der Terrorgruppe Freital zur Dresdner Kameradschaft gibt. Damit ziehen die Ermittlungen und mögliche Ermittlungsspannen weit größerer Kreise als bisher angenommen.



6. Notfallrettung

Der sächsische Rettungsdienst und dessen Probleme waren auf Antrag der LINKEN Thema im Dezemberplenium. In der Debatte kamen viele Probleme und Aspekte des Rettungsdienstes aufs Tableau. Wir haben erneut darauf aufmerksam gemacht, dass die gesetzliche Hilfsfrist von 12 Minuten in 15 Prozent der Fälle nicht eingehalten werden – in Sachsen also deutlich von der gesetzlichen Vorgabe abgewichen wird. Hinzu kommt, dass die Statistiken für die Hilfsfristen des gesamten Direktionsbezirks Dresden nicht vorliegen, da die neuen Integrierten Leitstellen nicht in der Lage sind, diese zu erfassen. Diese ist ein ebenso rechtswidriger wie auch mit Blick auf die Gesundheit der Menschen im Freistaat Sachsen unhaltbarer Zustand.

Antrag: Notfallrettung in 12 Minuten? Rechtswidriger Zustand bei der Erhebung der gesetzlichen Hilfsfristen in Notfällen unverzüglich (Drs.6/3841)

Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag

Rede: Rettungsdienst - Lippmann: Probleme scheinen schier endlos und müssen endlich angegangen werden (16.12.2016)

Kleine Anfragen

Aktuelle Kleine Anfragen von mir finden Sie [hier](#).

saxGRÜN

Zeitschrift der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ausgabe Nr. 20 | Dezember 2016

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
VERBUNDEN MIT DEN GRÜNEN

Die neue Ausgabe der Sax Grün ist da!



Das Heft mit vielen spannenden Themen ist [hier](#) zu finden.



Grünes Büro Dresden, Valentin Lippmann
Schlüterstr. 7 – 01277 Dresden
Link: [hier](#)

Impressum

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Fax: 0351 / 493 48 09

Valentin Lippmann
Sprecher für Datenschutz, Innen- und Kommunalpolitik
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.: 0351/4934830
valentin.lippmann@slt.sachsen.de

Dr. Juliane Hundert
Parlamentarische Beraterin für
Innen- und Kommunalpolitik, Datenschutz
und Justizariat, Beraterin für den 1. UA (NSU)
V.i.S.d.P.: Dr. Juliane Hundert

Tel.: 0351/4934833
juliane.hundert@slt.sachsen.de